

Hans-Jochen  
Luhmann

## Grenzen des Wissenswerten in der Wirtschaftswissenschaft

### Die Ausgangslage

Die modernen Wissenschaften waren global erfolgreich. Ihren Siegeszug haben sie von Europa aus gestartet. Typisch europäisch-neuzeitlich sind sie auch darin, als dass sie sich inhaltlich, hinsichtlich des Umfangs ihres (intendierten) Wissens, als expansiv gezeigt haben; und das gleichsam ›von Natur aus‹: Sie wollen immer mehr (von ihrem Gegenstandsbereich) wissen. Begrenzt werden sie in ihrem objektivierenden Zugriff, in ihrem Forschungsprogramm bzw. in ihrer Neugier in aller Regel allein durch Knappheit der (finanziellen) Ressourcen, die ihnen zur Verfügung gestellt werden, von außen also, somit ›unsachgemäß‹. Das zeugt nicht von Reife. ›Erwachsen‹ ist ein Subjekt nämlich erst, wenn es die Begrenzung seines Wachstums aus sich selbst heraus zu leisten in der Lage ist. Im Falle der Wissenschaften bedarf es der Integration einer Wachstumsgrenze in das Konzept einer jeweiligen Wissenschaft. Dafür steht im Titel der Terminus ›wissenswert‹ – als Gegen-Terminus zu ›wissbar‹.<sup>1</sup>

Die wissenschaftliche Lehre von der Ökonomie stellt eine bemerkenswerte Ausnahme vom Programm, vom regelhaften Verhalten der europäisch-neuzeitlichen Wissenschaften dar. Das gilt zumindest für eine wesentliche Strömung in ihr. Für sie existiert von innen, aus ihrem Selbstverständnis heraus eine Grenze des für sie Wissenswerten in ihrem Forschungsprogramm.

Prototyp der neuzeitlichen Wissenschaften sind die Wissenschaften von der Natur (Sciences). Diese spezielle Vorstellung hat die ökonomische Wissenschaft im späten 19. Jahrhundert als leitend für sich, für ihr Konzept von (guter) Wissenschaft übernommen. Doch die Besonderheit ihres Gegenstandes verhindert, das Konzept bruchlos übernehmen zu können. Grund für ihre Sonderstellung unter den neuzeitlichen Wissenschaften ist zunächst einmal die Besonderheit der Reflexivität: Sie versammelt, sofern sie nicht Kunstlehre und insofern normativ ist, ein Wissen um (das systemische Verhalten von) Subjekte(n),

die ihrerseits wiederum Träger von Wissen sind. Dass diese zudem als frei handelnde Individuen betrachtet werden, Kausalgesetze also nur für Ensembles von ihnen, das heißt statistisch gelten, kommt erschwerend hinzu.

Die leitende Vorstellung von Wissenschaft (Science) legte es nahe, sich nicht auf eine Beschreibung einer Dualität zu beschränken, also (i) des von außen beobachtbaren Verhaltens der ›Elemente‹ der Ökonomie, der Wirtschaftssubjekte, in Wechselwirkung (ii) mit den aus dem Marktgeschehen selbst heraus objektivierten (Markt-) Preisen. Es lag vielmehr nahe, sich in den Besitz auch noch des Wissens darum bringen zu wollen, welches gleichsam die Kraft ist, die *in* den Elementen steckt und deren Bewegungen antreibt, also all des Wissens, über das die Wirtschaftssubjekte in ihrer Mannigfaltigkeit verfügen – eines Wissens, das sich überdies in dauernder Veränderung befindet. Träger dieses Wissens sind die Teilnehmer auf beiden Seiten des Marktes, das sind (i) die Anbieter, die Produzenten, und (ii) die Nachfrager, die ihrerseits auch wieder Produzenten sein können, überwiegend aber Konsumenten sind. Der Inhalt ihres spezifischen Wissens ergibt sich weitgehend aus ihrer jeweiligen Funktion.

Beim Anbieter geht es um die ihm möglichen Faktorkombinationen, seine Produktionsfunktion, entlang der er bei sich verändernden Randbedingungen optimiert, also seine Produktionskosten minimiert. Politische Regulierung tut exakt das: Sie ändert Randbedingungen für den Produzenten, sodass der reagiert. Das ist die Intention. Beim Konsumenten geht es um für ihn absehbare Veränderungen des Warenkorbs, den er bei verändertem Einkommen und veränderten relativen Preisen nachfragen wird.

Beiderlei Wissen nun ist ›privat‹. ›Privat‹ ist in seiner ursprünglich römischen Definition im Sinne von ›abgeschlossen‹ gemeint – als Gegensatz zu ›öffentlich‹. Öff-



fentlich zugänglich sind in aller Regel Informationen über die Natur, die deswegen auch über kurz oder lang als Daten von den Naturwissenschaften bereitgestellt werden. Privates Wissen ist demgegenüber nicht für die Öffentlichkeit bestimmt, der objektivierende Zugriff der Wissenschaft stößt hier auf ein Hemmnis, das im Modellfall von Science nicht existiert: Der Zugang ist ihr verwehrt, denn sie hat kein Recht auf Zugriff.

Der wissenschaftliche Zugriff ist weitergehend erschwert durch ein spezifisches Verhalten der Inhaber der Rechte an diesem Wissen. Sind vertrauliche Informationen von Unternehmen politisch wesentlich, so erfolgt zwar deren ›Offenbarung‹, aber nur ›strategisch‹. Soll heißen: Angaben folgen einem Nutzenkalkül. Kalkuliert wird der Effekt einer Offenlegung der Interessen der Eigner im Rahmen der öffentlich erwünschten Informationen, die sich innerhalb des politischen Regulierungskontextes bewegen. Ein Wahrheitsgebot besteht hier nicht, erhältlich sind nur ›Parteiinformationen‹. Ob es sich bei den Angaben im Ergebnis um eine ›Offenbarung‹ im Sinne des Wortes handelt, bleibt mithin offen.

### Begrenzung durch das Verdikt der ›Anmaßung des Wissens‹: Hayek

Diejenige Strömung innerhalb der ökonomischen Wissenschaft, um die es mir hier geht, konzentriert sich auf das, weil öffentlich vorliegend, leicht Objektivierbare: die Marktpreise. Die entspringen gleichsam dem je privaten Wissen beider Seiten des Marktes. Die Leistung des Instituts ›Markt‹ wird als Leistung der Koordination all des (einem objektivierenden Zugang unzugänglichen) *Wissens* der Marktteilnehmer gedeutet. Mit diesem begrenzten Konzept von ökonomischer Wissenschaft versagt sich die Wissenschaft einem berserkerhaften Forschungsprogramm, sie versagt sich dem Ideal, in die ›Herzen‹ aller handelnden Personen schauen zu können, also dem ›Gottesattribut‹ der Allwissenheit.<sup>2</sup>

Doch das Science-Modell stellt eine immerwährende Verlockung dar, auch innerhalb der Wirtschaftswissenschaft.<sup>3</sup> In diesem Fach werden die Vertreter der Verführung zur All-Objektivierung nach Léon Walras benannt. Walras erfand in den 1870er Jahren die mathematisierte Form der Theorie des allgemeinen (Tausch-)Gleichgewichts, mit den Mitteln jener Mathematik, die sich in der Mechanik seiner Zeit gerade bewährte. Heute hat sich daraus die »Chicago-Methode« entwickelt. So heißt jene Grundform, deren sich die mathematische, qua Modellen

systemisches Verhalten simulierende ökonomische Wissenschaft gegenwärtig bedient. Sie konstruiert eine mit der Zeit fortschreitende Reihe von Punkten allgemeinen Gleichgewichts, an denen Angebot und Nachfrage, vom jeweiligen privaten Wissen getrieben, zum Ausgleich kommen.

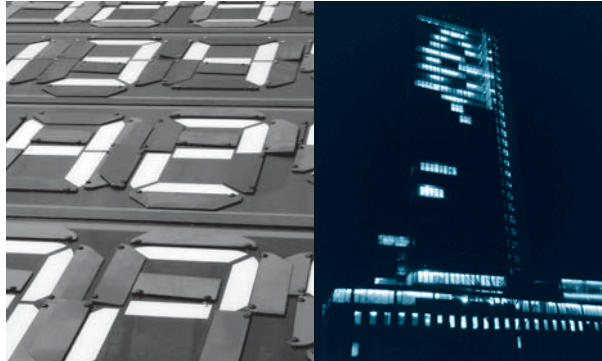
Gegen die dadurch begründete Schule hat Friedrich August von Hayek seine Stimme erhoben. Er griff den Zentralbegriff ›Wissen‹ innerhalb der Ökonomie auf und legte ihn in spezifischer Weise aus: In seinem Aufsatz aus dem Jahre 1945 mit dem Titel »The Use of *Knowledge* in Society«<sup>4</sup> ordnet Hayek dem »Preissystem« die Funktion zu, für die effiziente Koordination eines über die Individuen verstreuten *Wissens* in der Gesamtgesellschaft zu sorgen. Dieses »über die Individuen verstreute Wissen« ist offenkundig ein Teil des gesamtgesellschaftlich ›vorhandenen‹ Wissens, mit der Besonderheit aber, dass es dezentral ist – zentral, objektiviert liegt es (noch?) nicht vor. Das ›noch‹ ist die Frage, an der sich die Fraktionierung entzündet: Ist es möglich, ist es (wissens-)wert, es zu objektivieren? Liegt es am Ende gar schon objektiviert vor, in Form des »Preissystems«?

Die Walras'sche Konstruktion legt es nahe, sie für ein strukturell getreues Abbild des tatsächlichen Preissystems zu halten. Es wäre aber irrig, das zu glauben. In Wahrheit ist sie ein Gleichnis in Formeln. Hayek (und auch von Mises) erkannten diese als konstruktivistische, zentralistische Fiktion, als ein *irreführendes*, zur Zentralplanung gemäß dem Kriterium ›Kosteneffizienz‹ *verführendes* Konstrukt.

Diese Hayek'sche Einsicht ist zu einer zentralen Formel der Ideologisierung des Ost-West-Gegensatzes geworden. Bis in die Schulbücher und die Materialien der politischen Bildung hinein wurde der Ansatz im Osten als Zentralverwaltungswirtschaft dem im liberalen Westen als (freie) Marktwirtschaft diametral entgegengesetzt. Das ist Geschichte, der Ost-West-Gegensatz überwunden. Man hätte erwarten können, dass damit auch der Gegensatz zwischen Plan- und Marktwirtschaft überwunden wäre. Dem war aber nicht so.

### Bestimmung der Kosteneffizienz von politischen Regulierungsmaßnahmen als Teil guter Regierungspraxis: Der Druck zur Grenzüberschreitung

Nach dem Zusammenbruch des Ost-West-Gegensatzes wurde der Druck zu einer Art zentralplanerischer Optimierung in Europa erneut aufgebaut. Hintergrund ist das



angelsächsische Verständnis guter Regierungspraxis, das sich grundlegend von jenem unterscheidet, das im preußisch geprägten Deutschland vorherrscht. In dieser Tradition hat die Europäische Kommission eine ›Better-Regulation‹-Politik eingeführt.<sup>5</sup> Ihre Initiative dazu ging einher mit einem Wunsch, den der Europäische Rat bei seinen beiden Treffen im Jahre 2001 in Göteborg und in Laeken zum Ausdruck gebracht hat, darunter:

»[...] consider the effects of proposals in their economic, social and environmental dimensions«<sup>6</sup>.

Auch um dem zu entsprechen, hat die Europäische Kommission mehrere Maßnahmen eingeführt, darunter das obligatorische Impact Assessment (IA) ihrer Vorhaben, »to improve the way it designs interventions«. Innerhalb des IA hat das Kriterium der Kosteneffizienz eine Schlüsselstellung inne. Mandatiert wurde es von der EU-Kommission. In die dominante Position innerhalb der europäischen Politik, die es heute dort innehat<sup>7</sup>, gelangte es allein durch eine fachlich geleitete Interpretation des eigentlich offen formulierten Rats-Wunsches, »to consider the effects of proposals (inter alia) in their *economic* [...] dimension«.

Zuzugestehen ist das Anliegen der Kommission, das Mandat zum Check auf wirtschaftliche Effekte begrifflich sehr weit zu fassen, nicht etwa betriebswirtschaftlich eng. Dessen ungeachtet wird mit diesem Mandat die Aufgabe konstituiert, den von Privaten zu erbringenden Aufwand und den voraussichtlichen Effekt von Regulierungsmaßnahmen zu bestimmen, wobei letzterer ›Effekt‹ häufig nur aus Kalkülen der Wirtschaftssubjekte abzuleiten ist. Diese Aufgabe, der nur durch Objektivierung ursprünglich privaten Wissens zu entsprechen ist, landet zwangsläufig bei der Wissenschaft als Auftragnehmer. Bei der Durchführung eines IA nämlich bedient sich die Kommission zur Faktenfindung und zur Bestimmung von Effekten qua Modellierung weitgehend der Wissenschaft.

Zusammenfassend gilt also: Die europäische Politik verlangt Kosteneffizienz ihrer eigenen Maßnahmen, als ob sie ein Unternehmen wäre; und unter dem Druck dieses Kriteriums liefert die ökonomische Wissenschaft Entsprechendes.

### Fallbeispiele

Was die Wissenschaft liefert, kann nach dem Gesagten nur ambivalent sein. Beispiele dafür sind Legion. Der Schematismus ist immer gleich. Er ergibt sich aus dem

Setting, aus der Bedeutung der Angaben zu Kosten und Effekten in einem Konfliktfeld.

Das Mandat der Politik zur Kosteneffizienz und das Privileg von Unternehmen in der Verfügung über entsprechende Basisangaben schafft eine geradezu einladende Konstellation: dass ein betroffener Wirtschaftszweig geltend macht, eine seitens der Politik konzipierte Maßnahme sei nicht kosteneffizient. Soll heißen: Dasselbe Ziel lasse sich (›volkswirtschaftlich‹) günstiger erreichen, zu geringeren Kosten – so die Behauptung; allerdings unter maßgeblicher Verlagerung von Kosten. Sie werden, so die Implikation der Behauptung, auf andere abgewälzt.

Die Urheber solcher Angaben befinden sich in einem Interessenkonflikt. Klärung hinsichtlich der Stichhaltigkeit des von ihnen vorgebrachten Arguments sucht die Politik in einer solchen Konstellation, dem privaten Status der Angaben gerecht werdend, an erster Stelle bei der Konkurrenz, also ebenfalls bei Wirtschaftszweigen und damit Trägern privaten Wissens. Sie geht dabei insbesondere auf diejenigen zu, die infolge der behaupteten Kostenangaben dran wären, im Namen der volkswirtschaftlichen ›Kosteneffizienz‹ nun ihrerseits zu liefern. An zweiter Stelle geht sie aber doch auch auf die Wissenschaft zu, insbesondere wenn es um Kostenanlagerungen bei Schwächeren bzw. bei Subjekten großer Zahl geht: Bei Myriaden von Konsumenten oder gar bei der Umwelt nämlich ist es nicht möglich, sie direkt nach ihren Produktions- bzw. Nutzenfunktionen zu befragen.

Der Ball ist dann ins Feld der Wissenschaft gespielt worden, ohne ihr Zutun. Ein beredtes Beispiel<sup>8</sup> für die grenzüberschreitenden Folgen ist die Auseinandersetzung in Brüssel im Vorfeld der Entscheidung von 2009 für einen durchschnittlichen maximalen Verbrauchswert für Pkw (130 g CO<sub>2</sub>/km-Ziel). Es ging um die seitens der Wissenschaft beigebrachten Kosteneffizienz-Daten und wuchs sich zu einer regelrechten Gutachten-Schlacht aus. Schaute man genauer hin, so erwies sich, dass die von der Politik ausgewählten und beauftragten Gutachter deshalb erfolgreich waren, weil sie mit ihrem Zugang zu Daten der Hersteller punkten konnten. Letztlich wurden so Kostenangaben der Interessenten via Wissenschaft in die öffentliche Debatte und die politische Entscheidung als ›objektiv‹ bzw. als ›Fakten‹ eingespeist.

Das geschieht regelmäßig, und das nicht auf Betreiben der ökonomischen Wissenschaft, sondern als gleichsam zwangsläufige Folgen dessen, dass die Politik das Krite-



rium der Kosteneffizienz für sich als leitend statuiert hat. Ebenfalls regelmäßig stellt sich inzwischen allerdings auch heraus, dass von der betroffenen Industrie geltend gemachte Kostenerhöhungen sich ex post doch nicht eingestellt haben. Die Gründe dafür zu klären, hat die EU-Kommission kürzlich ein Gutachten vergeben ... – um es mit Ernst Jandl zu kommentieren: »Werch ein Illtum!«

- 1 Es gilt eben das Memento Mori, das Carl Friedrich von Weizsäcker in seinem letzten Buch so formuliert hat: »Wenn ich das Beispiel der Umweltprobleme nehme, sieht man ja, dass das Vorgehen nach der Regel ›Alles, was ich beweisen kann, will ich glauben, was ich aber nicht beweisen kann, das stelle ich zurück‹ [...] – dass dieses Vorgehen *mörderisch* ist.« (*Zeit und Wissen*. München 1992, S. 441). Über das Kriterium der Sicherheit des Gewussten ist es möglich, eine Abgrenzung des »Wissensbaren« vorzunehmen, und das ist die übliche Vorgehensweise; nur landet man dann bei einem schmalen Ausschnitt des möglichen und für den Schutz der Lebensgrundlagen erforderlichen Wissens – mit der von Weizsäcker betonten Konsequenz. Sicherheit des Wissens und Sicherheit der Lebensgrundlage scheinen in einer Trade-off-Beziehung zueinander zu stehen.
- 2 Was die Wissenschaften, die ein Teil der Kultur sind, treibt, was ihre leitenden Motive sind, das ist ihnen selbst verborgen – Nützlichkeit und freie Neugier, die in Sonntagsreden dafür ausgegeben werden, dürften es nicht sein. Also steht die Frage im Raum (bzw. ist meine Vermutung): Welch andere Motive sonst sollten die Wissenschaften leiten als die, dass sie in versunkene und dessen ungeachtet wirkmächtige Gottesbilder hineinwachsen?
- 3 Äußeres Indiz für ihre Macht ist eine offensichtliche Inkonsistenz: Die Debatte um die Grenzen des Wachstums wird von den Wissenschaften intensiv mitbetrieben, auf alles andere bezogen, nur nicht auf sich selbst.
- 4 F. A. von Hayek: »The Use of Knowledge in Society«, in: *American Economic Review* XXXV (1945), S. 519–530
- 5 European Commission: »White Paper on European Governance«, COM (2001) 428 final. Brussels, 25. 7. 2001. [http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/en/com/2001/com2001\\_0428en01.pdf](http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/en/com/2001/com2001_0428en01.pdf)
- 6 »[...] notes that the Commission will include in its action plan for better regulation to be presented to the Laeken European Council mechanisms to ensure that all major policy proposals include a sustainability impact assessment covering their potential economic, social and environmental consequences.« So im Beschluss der Ratssitzung in Göteborg, 15./16. Juni 2011.
- 7 Das Europäische Parlament ist, als zweite Instanz der EU-Legislative, im Begriff, ein vergleichbar mandatiertes System auf den Weg zu bringen.
- 8 Ich hätte auch die programmatische Ankündigung im Leopoldina-Gutachten zu Händen der Ethik-Kommission, die Kosten verschiedener Optionen der Energiewende objektivieren zu wollen, heranziehen können.